

Statement des GEW-Vorsitzenden Ulrich Thöne

Pressekonferenz am 13. Juli 2007

(Es gilt das gesprochene Wort)

Der 5. Weltkongress der Bildungsinternationalen muss und wird ein deutliches Zeichen gegen den Ausverkauf und die Privatisierung des Bildungswesens setzen. Bildung ist öffentliche Daseinsfürsorge. Wir brauchen weltweit den qualitativen und quantitativen Ausbau des öffentlich verantworteten und finanzierten Bildungswesens. Bildung ist nicht nur in Staaten der so genannten Dritten Welt der Schlüssel für eine sinnvolle Lebensperspektive. Sie eröffnet den Menschen die Chance, in Ausbildung und Beruf einzusteigen. Bildung ist das beste Instrument, um Armut, Hunger und Krankheiten vorzubeugen, sie hilft, Krieg und Terror den Nährboden zu entziehen.

Privatisierung ist dagegen ein Angriff auf die Chancengleichheit der Menschen. Sie bedroht die Qualität von Bildung. Deregulierung und Liberalisierung führen zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Pädagoginnen und Pädagogen. Dabei brauchen wir die bestmögliche Bildung für alle Menschen.

Weltbank und Internationaler Währungsfonds zerstören jedoch mit ihrer neoliberalen Wirtschaftspolitik oft die Infrastruktur und den Aufbau eines guten Bildungssystems in den Ländern der so genannten Dritten Welt. Sie zwingen beispielsweise Staaten wie Nicaragua dazu, ihren Bildungsetat zu kürzen. Knappe öffentliche Kassen wiederum leisten der Privatisierung des Bildungswesens Vorschub. Deshalb brauchen wir starke Gewerkschaften, die vor Ort wirksam als Regulierungs- und Kontrollinstanz auftreten können. Gewerkschaften, die die Entwicklung eines guten öffentlichen Bildungssystems aktiv mit vorantreiben. Auf internationaler Ebene benötigen wir einen mächtigen Zusammenschluss der Einzelgewerkschaften – wie es die Bildungsinternationale ist -, die mit den sozialen Bewegungen kooperiert. Gemeinsam müssen sie Gegenmacht zu den mächtigen Wirtschaftsorganisationen und -interessen entfalten und bei den Regierungen auf politische Lösungen drängen – Lösungen zum Wohle und im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung.

In diesem Zusammenhang erinnere ich an die „Globale Bildungskampagne“. Ich fordere insbesondere die reichen Industriestaaten auf, endlich die für die Kampagne zugesagten Gelder zur Verfügung zu stellen. In ihrer Millenniumserklärung hatten sich die UN-Mitgliedsstaaten verpflichtet, bis 2015 allen Kindern zumindest eine gebührenfreie und gute Grundbildung zu ermöglichen. Von diesem Ziel sind wir noch meilenweit entfernt: Weltweit haben mehr als 100 Millionen Kinder, insbesondere Mädchen, keine Chance, eine Schule zu besuchen. Rund 18 Millionen Lehrkräfte müssen eingestellt werden, um die globale Bildungskampagne zu einer Erfolgsgeschichte zu gestalten. Es ist höchste Zeit zu handeln!

Denn die Realität heißt für viele Kinder Arbeit, Sklavenarbeit! 218 Millionen Kinder arbeiten, 100 Millionen Jugendliche sind erwerbstätig. Sie malochen auf Mülldeponien und im Handwerk, in Fabriken, auf der Straße, im Haushalt. Besonders hart trifft es jene, die in Minen oder Steinbrüchen arbeiten. Kinder und Jugendliche werden zur Prostitution gezwungen und im Menschenhandel verschleppt. 2007 hat der „Welttag gegen Kinderarbeit“ auf die gesundheitsschädigenden Bedingungen aufmerksam gemacht und dabei vor allem auf den Umgang mit Pestiziden verwiesen, mit denen Kinder weltweit in der Landwirtschaft arbeiten müssen. Mehr als 132 Millionen Mädchen und Jungen zwischen fünf und 14 Jahren sind daran beteiligt, unsere landwirtschaftlichen Rohstoffe zu produzieren. Auch beim Weltkongress der Bildungsinationalen steht der Kampf gegen Kinderarbeit auf der Tagesordnung. Die Bildungsinationale sieht Bildung als Schlüsselwerkzeug, um den Teufelskreis von Kinderarbeit und Armut zu durchbrechen.

Auch Deutschland hat seine Hausaufgaben mit Blick auf die globale Bildungskampagne und zur Arbeit gezwungene Kinder noch nicht gemacht. Die Bundesrepublik muss ihr Engagement in den so genannten Entwicklungsländern verstärken und sich mehr für die Bildungschancen der Kinder einsetzen. Die Bundesregierung könnte mit einer – öffentlich bereits mehrfach angekündigten – Anhebung der Entwicklungshilfe ein Zeichen setzen und damit dazu beitragen, dass in diesen Ländern mehr Lehrkräfte eingestellt, diese besser ausgebildet werden und mehr Kindern der Besuch der Schule ermöglicht wird.